

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

12/94

Dezember 1994

In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt!

Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der Letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt!

Die Organisatoren der Nazi-Morde in Deutschland laufen weitgehend frei herum. Einer jedoch nicht mehr: Der Nazi-Kader Kaindl kann keine Morde mehr planen und organisieren, er kann keine rassistischen und nationalistischen Mordparolen mehr von sich geben, denn einige Messerstiche beendeten sein braunes Nazi-Leben.

Es existieren bereits *Elemente des Bürgerkrieges* in Deutschland: die mehr als 80 Nazi-Morde, die unzähligen Nazi-Mordanschläge, Hetzjagden und Überfälle auf Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, auf Asylsuchende, auf Antifaschistinnen und Antifaschisten, auf Jüdinnen und Juden, auf Sinti und Roma - all dies wird unweigerlich dazu führen, daß die Verfolgten, die von Mord und Totschlag Bedrohten zur Selbsthilfe greifen, sich bewaffnen. Es wird unweigerlich dazu führen, daß sie eindeutig auf Nazi-Kader, auf Nazi-Mörder treffen, deren Mordabsichten und Mordversuchen zuvorkommen versuchen. Und es sind nicht wenige Nazi-Kader, die noch nahezu unbehelligt herumlaufen können. Kaindl wird nicht der letzte Nazi-Kader sein, der in den zunehmend bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen durch Messer, Schläge oder sonstiges auf der Straße tot liegenbleibt.

Die Vorgeschichte ist bekannt: Vor zweieinhalb Jahren, am Abend des 4.5.1992, treffen sich in einem China-Restaurant einige führende Nazi-Kader, die allesamt schon auf eine "langjährige Nazi-Karriere" zurückblicken können. Sie sind dabei, Nazi-Terror zu planen und zu organisieren, ihre nächsten Nazi-Veranstaltungen und -Aufmärsche, Angriffe und Überfälle zu besprechen. In der Manier "deutscher Herrenmenschen" pöbeln sie einen Blumenverkäufer aus Pakistan mit rassistischen Beschimpfungen an.

Hilfe wird geholt, einige beherzte Antifaschistinnen und Antifaschisten jagen das Nazi-Treffen auseinander. Kaindl droht mit einer Waffe und bleibt nach einem Handgemenge tot liegen. Nun geht ein "Schrei der Entrüstung" durch die bürgerliche Presse bis hinein in sich als links verstehende Kreise. Die Grünen in Westberlin fordern im Nachtrab ihrer imperialistischen Herren - entsprechend der dreckigen Lüge "Gewalt ist gleich Gewalt" - die "Entwaffnung aller politischen Gruppierungen in der Stadt" (taz, 6.4.92). Als Antwort auf ein Papier, in dem die Tötung eines Nazis als "tragbares Risiko im antifaschistischen Kampf" eingeschätzt wird, hat die Redaktion der Interim (Nr. 189) nichts Besseres zu tun, als vor einer "Totschlagsmentalität" nicht etwa der Nazis, sondern der antifaschistischen Kräfte zu "warnen".

Tatsache ist: Die Solidarität mit den vom Nazi-Terror Verfolgten ist nichts als Heuchelei, wenn sie da aufhört, wo die Verfolgten und Bedrohten sich dagegen wehren, erschlagen, verbrannt, zu Tode geätzt zu werden. Sie ist nichts als Heuchelei, wenn den Verfolgten und Bedrohten das legitime Recht aberkannt wird, sich dagegen zur Wehr zu setzen, daß die Nazis gegen sie zu Mord und Totschlag aufrufen. Denn eines ist klar: Jeder Nazi-Kader verfolgt ein Mordprogramm, wir müssen damit rechnen, daß jeder Nazi-Kader bewaffnet ist, und über etwaige Skrupel dieser Mordbrenner dürfen wir uns keine Illusionen machen. In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt!

Hier stellt sich jeder Genossin, jedem Genossen die Frage, wo sie oder er steht. Soll man etwa allen Auseinandersetzungen vorsorglich aus dem Wege gehen, weil das "Risiko" besteht, daß ein Nazi-Mörder dabei getötet wird? Wir sagen ganz entschieden: Nein! Unsere Position zu den Vorgängen bei der Zerschlagung des Nazi-Treffens in Berlin ist:

- Es ist richtig, daß die Genossen und Genossinnen ein Treffen der Organisatoren des Nazi-Terrors auseinanderjagen, den Nazis auf ihre Beschimpfungen und Pöbeleien eine gebührende Antwort geben wollten.

Demonstrationen
in Essen und Worms:
Polizeistaat in Aktion!

10. Dezember 1994 in Essen:

Unter dem Motto "Gegen ein Europa der vereinigten Ausbeutung! EU-Gipfel angreifen!" fand in Essen eine Demonstration gegen das Gipfeltreffen des "Europäischen Rates" statt. Auch eine tagelange Hetzkampagne der bürgerlichen Medien und ein Verbot durch das Verfassungsgericht erzielten die beabsichtigte Wirkung bei den ca. 1500 Demonstrantinnen und Demonstranten nicht. Neben einer Unmenge von Zivilpolizisten sollten über 8000 Polizisten, darunter auch Einheiten des SEK und des Bundesgrenzschutzes, für imperialistische Friedhofsruhe in der Stadt sorgen. Unter brutalem Knüppel-einsatz kesselten sie mehrere, sich immer wieder neu formierende Demonstrationzüge ein, führten die eingekesselten Demonstrantinnen und Demonstranten einzeln ab und nahmen sie in "Polizeigewahrsam". Doch die Demoteilnehmer ließen sich nicht einschüchtern, formierten sich zu mehreren Hundert immer wieder zu neuen Demozügen.



10.12.1994 in Essen: Polizeistaat in Aktion

10. Dezember 1994 in Worms:

Rund 800 Demonstrantinnen und Demonstranten beteiligten sich in Worms an einem Protestzug gegen die menschenverachtende Asylpolitik und den Abchiebeterror des deutschen Imperialismus. Schon im Vorfeld hatte die Staatsanwaltschaft gegen die 750 Erstunterzeichner des Demonstrationsaufrufes ein Verfahren wegen "Aufrufes zu strafbaren Handlungen" eingeleitet, waren bei den Organisatoren Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen durchgeführt worden. Die ursprünglich geplante Demonstrationroute hin zum Wormser Abchiebekanal, in dem momentan 48 Menschen in Abchiebehalt gehalten werden, wurde von einem 400köpfigen Polizeiaufgebot verhindert.

- Es ist richtig, daß sie sich gegen die Nazi-Kader gewehrt haben, ihren Mordabsichten zuvorgekommen sind.
- Es ist völlig indiskutabel, die Nazis mit moralischen Argumenten in Schutz zu nehmen. Die im "Kaindl-Prozeß" angeklagten und untergetauchten Genossinnen und Genossen verdienen unsere volle Solidarität, was ihr Verhalten gegen Kaindl und andere Nazis betrifft.

So einfach ist das. Das ist der Ausgangspunkt. Damit sind jedoch nicht alle Fragen geklärt. Es wird in den kommenden Jahren unweigerlich zunehmend zu militanter Gegenwehr und zu Angriffen auf Nazi-Mörder kommen. Diese Aktionen antifaschistischer Selbsthilfe dürfen in keiner Weise moralisch verurteilt werden. Vielmehr müssen solche Aktionen solidarisch unterstützt, ihre Beweggründe erklärt und gegen die Verleumdungen der Bourgeoisie klargestellt werden.

stellt werden. Auf der Grundlage einer solchen Haltung gibt es - wie der "Kaindl-Prozeß" zeigt - selbstverständlich Diskussionen unter revolutionären und kommunistischen Kräften über die Linie und Methode eines planmäßigen Vorgehens im antifaschistischen Kampf.

Keine moralische, sondern eine taktische Frage!

Es ist völlig klar, daß von einem solchen Standpunkt aus spontane militante Gegenwehr und Angriffe von demokratischen und revolutionären Kräften nicht verurteilt werden können und dürfen. Ganz zu Recht erklärte einer der vier mit Haftbefehl gesuchten Genossinnen und Genossen:

"Die Frage knüpft nicht da an, wo ein Nazi zu Tode kommt. Das ist eine Frage, die man nicht moralisch, sondern in erster Linie politisch diskutieren sollte. Wir waren die Anfänger von etwas [...] Trotz alledem möchte ich betonen: Heute würde ich gern wieder unter euch sein, um dieselben Fehler in verbesserter Form wiederholen zu können, um aus ihnen zu lernen [...] Was wir gemacht haben, ist nicht einmal ein Zehntel dessen, was noch getan werden muß."
(Interim, Nr. 284)

Genossin Fatma sagte in einem Interview:

"Daß dabei ein Mensch liegeblieben ist, ist zwar nicht die Strategie vom antifaschistischen Kampf, aber es kann vorkommen und an dem Punkt distanzieren ich mich nicht."
(Herzschläge, Nr. 5, Dezember 1994)

Wir sind der Auffassung, daß es die Aufgabe der kommunistischen Kräfte ist, auch in die Auseinandersetzungen mit Nazi-Kadern das Element des bewußten und organisierten Vorgehens hineinzutragen. Dabei geht es uns nicht um Abwiegelei des

Texte zur legalen und illegalen Arbeit der Kommunistischen Partei

aus der Zeit Lenins und Stalins, mit vielen Dokumenten der KPD Thälmanns (260 DIN-A4-Seiten, 40DM)

u.a.:

Felix Halle: "Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?"

Zu bestellen beim **Buchladen Georgi Dimitroff**, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

antifaschistischen Kampfes. Unser Ziel ist es vielmehr, massiver, sicherer und die demokratischen und revolutionären Kräfte besser schützend in diese Auseinandersetzungen einzugreifen.

Den Kampf gegen Nazis und staatliche Faschisierung forcieren!

Der zunehmende Nazi-Terror geht keineswegs allein auf das Konto der gut organisierten und finanziell hervorragend ausgestatteten Nazi-Organisationen und Nazi-Banden. Vielmehr schuf die vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus betriebene rassistische und chauvinistische Hetze ja gerade ein politisches Klima, in dem die Nazi-Banden ihre Mordanschläge durchführen konnten. Anhand des "Kaindl-Prozesses", in dessen Verlauf die Polizei Adressen der angeblich "Tatverdächtigen" an Nazis weitergab, konnte auf's neue die Kumpanei zwischen dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus und den Nazis bewiesen werden. Deshalb ist eine absolute Klarheit über das Wesen dieses imperialistischen Staates erforderlich und die Einsicht, daß dieser Kampf sich nicht nur gegen den Nazi-

Terror und die staatliche Faschisierung, sondern gegen den deutschen Imperialismus und seinen Staatsapparat insgesamt richten muß.

Wiederholen wir noch einmal klar und deutlich, auch wenn es auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint: Gerade weil wir für den **geplanten, organisierten, wissenschaftlich ausgearbeiteten Kampf** gegen das imperialistische Weltsystem, gegen den deutschen Imperialismus und all seine Handlanger - auch die Nazis - eintreten, gerade deshalb ist es von um so größerer Bedeutung, klar und solidarisch in die sich **spontan entwickelnden militanten Kämpfe** auch gegen die Nazi-Mörder einzugreifen.

Keine wirklich revolutionäre Organisation kann und wird ihren Genossinnen und Genossen sagen: "Falls es zu einer militanten Auseinandersetzung mit Nazis kommt auf der Straße, in der Kneipe oder anderswo, misch' Dich ja nicht ein, frag' erst einmal beim ZK nach, welche Linie wir dazu haben!". Nein, die Linie ist eindeutig, sie lautet:

Misch' Dich ein, kämpfe mit, sei ein Vorbild in der Militanz und auch in der Übersicht, reagiere aufgrund Deiner revolutionären Ausbildung in Situationen, die vorher nicht 'zu planen' waren, maximal im Sinne auch des Schutzes der kämpfenden Genossinnen und Genossen!

Hunderte, ja tausende von Auseinandersetzungen zwischen Nazis und den von ihnen Verfolgten finden in den Betrieben, Schulen und auf der Straße statt. Unser Platz ist an der Seite der von den Nazis Verfolgten im vollen Bewußtsein, daß der Todfeind des Nazismus und seiner Ziehväter der Kommunismus ist. Die kommunistischen Kräfte können sowohl im spontanen, als auch im wissenschaftlich geplanten Kampf ihre führende Rolle nur durch den revolutionären Kampf, nur unter Opfern durchsetzen, durch den Kampf gegen Opportunisten und Kapitulanten, durch den Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei.

Einige Schlaglichter zum sogenannten "Kaindl-Prozeß"

○ Wer war Kaindl?

Gerhard Kaindl, ehemaliges Mitglied der Nazi-Partei "Republikaner", war Landesschriftführer der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", einer Nazi-Sammelorganisation, deren Ziel es ist, die zersplitterten Nazi-Organisationen unter einem Dach zu vereinigen.

Gerade im Umkreis von Berlin ist die "Deutsche Liga" und die von ihr initiierte "Wählergemeinschaft" "Die Nationalen" personell stark verknüpft mit zwei anderen Nazi-Parteien: der "Nationalistischen Front" und der "Deutschen Alternative". Die "Deutsche Liga" arbeitete u.a. auch mit der "Anti-Antifa" zusammen, die vor einem Jahr in ihrer Zeitung "Einblick" eine Nazi-Terror-Liste mit Adressen demokratischer und antifaschistischer Kräfte veröffentlichte. Drei der Angeklagten im Prozeß um die Nazi-Morde in Solingen waren beispielsweise Mitglieder der Nazi-Kampfsportschule in Solingen, die vom Mitglied der "Deutschen Liga" und Polizeialtgen Bernd Schmitt geleitet wurde.

Im April 1992 war die "Deutsche Liga" - unter anderem - gerade damit beschäftigt, eine Veranstaltung mit dem Faschisten und Holocaust-Leugner David Irving in Karlshorst vorzubereiten. Neben Kaindl nahmen an dem Nazi-Treffen u. a. teil: Thorsten Thaler, ehemals Pressesprecher der "Republikaner", seit 1991 Mitglied der "Deutschen Liga", schreibt Artikel in der Nazi-Zeitung "Junge Freiheit"; Carsten Pagel, vorher Landesvorsitzender der "Republikaner", heute Chefredakteur der "Jungen Freiheit" und bekannter Nazirechtsanwalt; Rudolf Kendzian, vorher "NPD" und "Republikaner".

○ Kumpanei zwischen Polizei- und Justizapparat und Nazis

Der "Fall Kaindl" ist ein weiteres Lehrstück über die Kumpanei zwischen dem Polizei- und Justizapparat und den Nazis. So "gelangten" Informationen über verdächtige Antifaschistinnen und Antifaschisten in die Nazi-Presse. Schon ein halbes Jahr nach Kaindls Tod konnte etwa die Nazi-Zeitung "Deutsche Rundschau" (Nr. 10/92) der "Deutschen Liga" berichten, die Polizei habe "sämtliche acht Täter" ermittelt. Veröffentlicht wurden die Fotos mehrerer angeblich beteiligter Personen. Der Artikel endete mit der Drohung "Wir kriegen Euch alle!". Ein ähnlicher Artikel erschien kurz darauf, im November 1992, in der Nazi-Zeitschrift "Nation und Europa". Anfang 1993 waren die Nazis so gut informiert "über das laufende Verfahren", daß sie gegen die ermittelnde Staatsanwältin wegen angeblicher Verschleppung der Ermittlungsarbeiten eine Dienstaufsichtsbeschwerde einleiteten. Der Nazi Thorsten Thaler hat später in einem Interview (taz, 19.11. und 28.11.93) öffentlich verkündet, daß ihm bei einem Verhör durch die Staatschutzbehörden Namen, Anschriften und andere persönliche Daten sowie Autonomern einiger der Beschuldigten vorgelegt worden waren.

○ Terror-Urteile gegen die angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Der Versuch der Klassenjustiz, die Antifaschistinnen und Antifaschisten mit dem Konstrukt des "gemeinschaftlichen Mordes und sechsfachen Mordversuches" lebenslänglich ins Gefängnis zu stecken, war gescheitert. Einer der vier Genossinnen und Genossen, die sich dem Zugriff der Polizei durch Untertauchen entzo-

gen, warnte jedoch vor Illusionen in den Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz:

"So hegen sie (Teile des Unterstützungskreises - A.d.V.) jetzt auch eine absolut naive Hoffnung in die deutsche Justiz. Als wenn diese Justiz schon jemals fair zu uns war. Da fehlt denen das, was wir Kommis (Kommunisten A.d.V.) früher 'Klassenbewußtsein' nannten."
(Radikal, Nr. 150, Juli 1994)

In diesem Zusammenhang sind natürlich auch die Debatten über das Verhalten vor Polizei und auch gegenüber Rechtsanwälten sowie das Auftreten vor Gericht, die Debatten über die Haltung zu Kollaborateuren und Verrätern von Bedeutung. Die im "Kaindl-Prozeß" gemachten Erfahrungen gilt es umfassend auszuwerten.

Die Berliner Richter fällten Anfang November dieses Jahres ein Terror-Urteil lediglich wegen der Gegenwehr der angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die Nazis: Fatma bekam wegen "psychischer Beihilfe zur gemeinschaftlichen Körperverletzung mit Todesfolge" eine Jugendstrafe von 15 Monaten auf drei Jahre Bewährung; Mehmet, Carlo und Seyho wurden zu dreijährigen Haftstrafen wegen "Körperverletzung mit Todesfolge" sowie "Beteiligung an einer Schlägerei" verurteilt; als einziger mußte Abidin freigesprochen werden. Zwei Jahre Jugendstrafe auf drei Jahre Bewährung erhielt auch der Kronzeuge Bazdin, Erkan erhielt wegen Schuldunfähigkeit einen Freispruch. Die Haftbefehle gegen Rebecca und Hans-Georg wurden aufgehoben, doch die Haftbefehle gegen zwei weitere Antifaschisten werden immer noch aufrechterhalten.